



Antrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Menschenrechtslage im Iran ist inakzeptabel – und schließt Abschiebungen vorerst aus

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein verurteilt die brutale Gewalt des islamistischen Unrechtsregimes im Iran gegen die eigene Bevölkerung auf das Schärfste und nimmt die inakzeptable menschenrechtliche Lage sowie die jüngsten Entwicklungen im Iran mit großer Sorge wahr.

Der Landtag solidarisiert sich mit den mutigen Menschen im Iran, die unter Einsatz ihres Lebens aufstehen, um für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und grundlegende Menschenrechte einzutreten.

Die Abschottung der iranischen Zivilgesellschaft, die systematische Unterbindung jeglicher Kommunikation nach außen und das gewaltsame Vorgehen gegen friedliche Proteste sind Ausdruck eines repressiven und terroristischen Regimes. Laut Medienberichten vom 14. Januar 2026 schätzen Aktivistinnen und Aktivisten, dass mehrere Tausend Menschen im Zuge der Regimegewalt getötet und inhaftiert wurden.

Der Landtag stellt fest, dass unter den in Schleswig-Holstein lebenden Iranerinnen und Iranern große Sorgen und Ängste um ihre Familien im Iran bestehen. Insbesondere für Oppositionelle und Aktivistinnen und Aktivisten ergibt sich durch die aktuellen Ereignisse eine erhöhte Bedrohungslage.

Der schleswig-holsteinische Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund den von der Landesregierung zum 15. Januar 2026 verfügten, auf drei Monate befristeten Abschiebestopp in den Iran als verantwortungsvolle und humanitäre Maßnahme in einer außergewöhnlichen Lage.

**Seyran Papo
und Fraktion**

**Catharina Nies
und Fraktion**